

Neue

Freie Zeitung

Nr. 30/31 · Donnerstag, 4. August 2016

€ 0,80

Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/2a,
A-1080 Wien · Tel.: 01 512 35 35 0 · E-Mail: Redaktion:
redaktion.nfz@foe.at · Fax: 01 512 35 35 9
www.foe.at P.b. 6Z 02032878 W

Rot-schwarzes Versagen in Islamistenhochburg Graz

Graz hat sich unter den Augen der schwarz-roten Landesregierung zur Islamistenhochburg Österreichs gewandelt. Salafiten, Dschihadisten und die Muslimbruderschaft bereiten der Polizei wachsende Sorgen, nicht aber der Politik, kritisiert FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek.

S. 13



Foto: NFZ

Koalition importiert Arbeitslosigkeit

Kern und Stöger spielen die Fremdenführer ins österreichische Sozialsystem

S. 2/3



Erdogans Machtspiele mit den Auslandstürken

Ein dichtes Vereinsnetzwerk schwört türkische Migranten ein – S. 4/5

PARLAMENT

Gentechnik-frei

Das AMA-Gütesiegel für in Österreich hergestellte Lebensmittel soll nur noch an gentechnik-freie Produkte verliehen werden. Das fordert die FPÖ in einem Entschleunigungsantrag, um die letzte Hintertür für gentechnisch manipulierte Importe zu schließen. S. 6

AUSSENPOLITIK

Merkel behält Kurs bei

Nach der jüngsten Anschlagserie in Deutschland hat Kanzlerin Angela Merkel ihr Festhalten an ihrer „Wir schaffen das!“-Zuwanderungspolitik verkündet. Dabei offenbaren sich immer mehr Probleme bei der Bewältigung der Masseneinwanderung. S. 8/9

WIEN

Skandalaufklärung

Die FPÖ wird im Wiener Landtag einen Antrag auf einen Untersuchungsausschuss zu den skandalösen Steuergeldverschwendungen bei der Kindergartenförderung einbringen. Für die FPÖ ist der Skandal das Ergebnis einer „jahrelangen roten Ignoranz“. S. 11

MEDIEN

FPÖ jetzt auf WhatsApp

Seit einer Woche bietet die FPÖ ihren Freunden Informationen per WhatsApp. Unter www.foe.at/whatsapp läuft die Anmeldung – schon mehr als 10.000 Nutzer sind dabei. Die Freiheitlichen bauen ihre Spitzenposition beim direkten Draht zum Bürger aus. S. 14



AUS DER
REDAKTION

Alexander Höferl
alexander.hoeferl@fpoe.at

Mit Besorgnis, ja geradezu Angst schreiben Mainstream-Medien in letzter Zeit gerne über eine angebliche freiheitliche Medienwelt. Das vor allem im Internet wachsende Angebot an Informationsquellen abseits der mit Inseraten gemästeten Gazetten bereitet den Hofberichterstatern der Regierung zunehmend Kopfzerbrechen. Der Einfachheit halber wird hinter jedem regierungskritischen Medium die FPÖ vermutet. Von einer „digitalen Parallelrealität“ der FPÖ ist da die Rede, und es fallen inflationär die abgedroschen Begriffe „Propaganda“ und „Hetze“.

Blaue Medienwelt?

Das „profil“ deckte erst diese Woche auf, dass bei einer neuen Wochenzeitung in Oberösterreich Redakteure „mit Verstrickungen zur FPÖ“ tätig seien – welch Skandal! Geschrieben hat den Artikel ein Journalist, der als Funktionär der Sozialistischen Jugend Marxismus-Seminare veranstaltete, ehe er in die „profil“-Innenpolitik wechselte. Dort ist er jetzt Kollege einer ehemaligen KPÖ-Kandidatin, die für ihre Pauschal-Beschimpfung freiheitlicher Wähler als „hässlichste Menschen Wiens“ sogar vom links dominierten Presserat verurteilt wurde. Die Selbstgerechtigkeit geht mitunter soweit, dass man die Butter am Kopf selbst dann nicht bemerkt, wenn sie schon ranzig geworden ist.

Dabei übersehen diese Journalisten freilich eines: Ihr eigener Glaubwürdigkeitsverlust wurzelt in der Art ihrer „Berichterstattung“ über die Köpfe und Sorgen der Bürger hinweg. Sie müssen aufpassen, dass nicht ihre Welt bald nur noch als „Parallelrealität“ wahrgenommen wird.

Früchte der rot-schwarzen

Fast schon ein Drittel der registrierten Arbeitslosen sind Ausländer - der A

Knapp 380.000 Menschen waren Ende Juli arbeitslos. Während die Zahl der arbeitssuchenden Inländer rückläufig ist, steigt die der Ausländer weiter an: 108.504, darunter 25.168 anerkannte Asylwerber und subsidiär Schutzberechtigte, sind ohne Job. Für die FPÖ ernten SPÖ und ÖVP nun die Früchte ihrer Einwanderungspolitik.

Ende Juli 2016 hat die Arbeitslosigkeit in Österreich die Zahl von 321.256 Personen erreicht. Somit waren gegenüber dem Vorjahr um 1.376 Personen mehr arbeitslos vorgemerkt. Inklusiv der Personen in Schulungen beträgt die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen aber 379.679. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Plus von 3.175. Dies geht aus den am Montag veröffentlichten Zahlen des Arbeitsmarktservice (AMS) hervor.

Besonders stark kletterte die Arbeitslosigkeit bei Älteren ab 50 Jahren (plus 5,9 Prozent) und bei Ausländern (plus 6,3 Prozent). Bei den Inländern verzeichnete das AMS erneut einen Rückgang von 1,6 Prozent.

Asylwerber-Hochburg Wien

Der Anstieg bei den Ausländern ist laut AMS unter anderem auf die gestiegene Anzahl von Asylwerbern zurückzuführen. Derzeit betreut das AMS genau 25.168 anerkannte Asylanten und subsidiär Schutzberechtigte. Das sind um 46,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Doch die meisten Flüchtlinge, wie die im Vorjahr registrierten 90.000 Asylwerber, sind noch gar nicht auf dem Arbeitsmarkt angekommen. Denn so lange das Asylverfahren

läuft, dürfen die Betroffenen – abgesehen von kleineren Ausnahmen – nicht arbeiten.

Die meisten anerkannten Asylwerber, die sich frei in Österreich bewegen können, zieht es nach Wien. So leben zwei Drittel der 25.168 beim AMS gemeldeten Asylanten und subsidiär Schutzberechtigten in Wien. Aber gerade in der Bundeshauptstadt sind derzeit die Chancen besonders schlecht, einen Job zu finden.

Folge der Zuwanderungspolitik

„Kern, Stöger & Co. importieren die Arbeitslosigkeit aus dem Ausland und damit mittelfristig zigtausende Mindestsicherungsbezieher nach Österreich“, kommentierte FPÖ-Sozialsprecher Herbert Kickl die auf 108.504 Personen angestiegene Zahl arbeitsloser Ausländer in Österreich.

Sämtliche arbeitsmarktpolitischen Werkzeuge von SPÖ-Sozialminister Alois Stöger hätten sich als stumpf erwiesen. „Angesichts der europaweit einzigartig wachsenden Arbeitslosigkeit muss doch dem gelernten Maschinenschlosser Stöger auffallen, dass er ständig an den falschen Schrauben gedreht hat“, erklärt Kickl. Denn vor den wahren Problemen, dem weiterhin



Foto: NFZ

Geeint in Ratlosigkeit und Untätigkeit: SPÖ-Sozialminister Alois Stöger (von

rasanten Anstieg bei den Langzeitarbeitslosen und der wachsenden Zahl der arbeitslosen Ausländer, verschließe Stöger die Augen – und mit ihm die gesamte rot-schwarze Koalitionsregierung.

Der FPÖ-Sozialsprecher forderte erneut ein nachhaltiges Maßnahmenpaket zum Schutz des österreichischen Arbeitsmarktes. „Wir Freiheitliche haben diesbezüglich bereits zahlreiche Initiativen im Parlament gesetzt. So muss jetzt endlich der Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt für EU-Bürger und für Drittstaatsangehörige



SPITZE FEDER Im Suchfieber nach Pokemons und Wählern.

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Geschäftsführung: Herbert Kickl
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29
Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien
Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

Migrationspolitik

Anteil der anerkannten Asylanten steigt rapide an



ÖVP-Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, SPÖ-Kanzler Christian Kern und (links) haben kein Rezept gegen die steigende Ausländerarbeitslosigkeit.

beschränkt sowie die Entsendung ausländischer Arbeitnehmer nach Österreich sektoral und temporär gestoppt werden“, mahnte Kickl und wies Stöger auf Maßnahmen der rot-blauen Landesregierung im Burgenland hin. Diese hätte bereits erfolgreiche Schritte zum Schutz des heimischen Arbeitsmarktes umgesetzt, vor denen die Bundes-SPÖ im Parlament weiterhin zurückscheute, nur weil sie von den Freiheitlichen kämen.

„SPÖ-Bundeskanzler Christian Kern und sein Sozialminister Stöger gefallen sich lieber in der Rol-

le eines Fremdenführers in den heimischen Arbeitsmarkt und ins heimische Sozialsystem“, empörte sich der FPÖ-Sozialsprecher. Denn ihre Asyl- und Einwanderungspolitik sei nichts anderes, als eine Einladung an alle Staaten der dritten Welt, ihre Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsprobleme in Österreich abzuladen, betonte Kickl: „Darauf läuft es doch hinaus: Kern, Stöger, Mitterlehner und seine Schrupf-ÖVP importieren deren Arbeitslosigkeit und damit mittelfristig zigtausende Mindestsicherungsbezieher nach Österreich!“

AUFSTEIGER ↗



Der bayerische Ministerpräsident **Horst Seehofer** (CSU), der seiner Koalitionspartnerin Angela Merkel widersprach: „So wie bisher schaffen wir das nicht.“ Er forderte eine klare Begrenzung der Aufnahme neuer Flüchtlinge in Deutschland.

ABSTEIGER ↘



Die deutsche Bundeskanzlerin **Angela Merkel** bezeichnete die Attentatsserie zwar als „Verhöhnung des Landes, das sie aufgenommen hat“ durch diese Asylwerber. An eine Kursänderung in der Asylpolitik denkt sie aber nicht.

KURZ UND BÜNDIG



Familienfeindlich

Eine klare Absage erteilt FPÖ-Familien-sprecherin Anneliese Kitzmüller (Bild) dem von ÖVP-Familienministerin Sophie Karmasin angedachten verpflichtenden zweiten Kindergartenjahr: „Die Autonomie der Familie soll via Salamitaktik zu Grabe getragen werden. Karmasin drängt offenkundig immer weiter in Richtung Verstaatlichung der Kindererziehung.“ Für die FPÖ sei die Autonomie der Familie ein unverhandelbares Gut. Die Zwangsverstaatlichung der Erziehung erinnere an kommunistische Regime.

Streit um Studiengebühren?

Die vorgebliche koalitionsinterne Annäherung in der Frage der Einführung von Studiengebühren zeige zwar, dass Bewegung in das unwürdige Spiel um die Finanzierung der Universitäten gekommen sei, ändere aber nichts an der unbefriedigenden Patt-Situation, erklärte FPÖ-Wissenschaftssprecher Andreas F. Karlsböck. Bevor man darüber nachdenke, heimische Steuerzahler zusätzlich zu belasten, sollten für den Überhang von Studenten aus EU-Ländern endlich Ausgleichszahlungen verhandelt werden.



Leere Worthülse „New Deal“

Der Nettofinanzierungsbedarf des Bundes hat sich im ersten Halbjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 61,8 Prozent erhöht. Die Ausgaben sind gestiegen und die Einnahmen aufgrund der Steuerreform gesunken. „Die Auswirkungen der Steuerreform auf den Wirtschaftsstandort sind bestenfalls als marginal zu bezeichnen und werden zu keiner Trendumkehr führen“, betonte die freiheitliche Europaabgeordnete Barbara Kappel (Bild). Ebenso wirkungslos habe sich der von SPÖ-Bundeskanzler Christina Kern angekündigte „New Deal“ erwiesen, der bisher eine reine Worthülse geblieben sei.



BILD DER WOCHE Treffen ohne Folgen: SPÖ-Kanzler Kern will Zuwanderungsstopp von Ungarns Premier Orbán nicht übernehmen.

Wir brauchen den politischen Mut, um bei der Zuwanderung Taten zu setzen

Der ehemalige Bundesrat der Grünen, Efgani Dönmez, erläutert im NFZ-Interview die möglichen Folgen des „Gegenputsches“ des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan für Österreich. Er wirft der Politik vor, der Erdogan-Partei AKP den Aufbau eines Vereinsnetzwerkes ermöglicht zu haben, das damit die innertürkischen Konflikte nach Österreich importiert – und fordert Konsequenzen.

Der türkische Journalist Can Dündar hat vor einer „Hexenjagd“ gegen Erdogan-Kritiker in der Türkei gewarnt. Sehen Sie Anzeichen dafür auch unter den türkischen Einwanderern in Österreich?

Dönmez: Es gibt ganz konkrete Belege, dass von Seiten der türkischen Behörden aufgerufen wird, Andersdenkende, Kritiker und Terror sympathisanten, die in der Diaspora leben, den Sicherheitsbehörden zu melden. Einen solchen gibt es auch auf der Facebook-Seite der UETD Österreich. Damit werden die innertürkischen Konflikte über die mittlerweile staatlich gelenkten TV-Stationen, die sozialen Netzwerke und diverse Ablegervereine nach Österreich hereingetragen. Diese Vereine missbrauchen das Vereinsrecht, indem sie als NGO in Erscheinung treten, aber de facto der verlängerte Arm der türkischen Politik sind. Aber die österreichische Politik hat diese reaktionären türkischen Gruppierungen jahrzehntelang unterstützt – insbesondere aus der politischen Linken heraus, federführend dabei die SPÖ. Diese Gruppierungen leben nicht nur von diesem Spalt zwischen Zuwanderern und Mehrheitsgesellschaft, sondern höhnen unter dem Deckmantel von Demokratie, Toleranz und interreligiösem Dialog genau diese Werte aus. Eines ist so sicher wie das Amen im Gebet: Diese Bilder, die wir in den letzten Tagen in Deutschland und Österreich gesehen haben, sind nicht dienlich für ein gutes Zusammenleben, sondern werden ganz im Gegenteil zu einer weiteren Polarisierung und Entfremdung zwischen türkischstämmigen Migranten und Österreichern führen.

Weshalb erhält Erdogans AKP unter den Auslandstürken einen größeren Zuspruch – bei den Wahlen 2015 waren es in Österreich 69 Prozent – als in der Türkei selbst?

Dönmez: Die türkische Regierung hat über eine eigene Behörde in ganz

Europa Gruppierungen gegründet, die sich exklusiv um die Anliegen der Auslandstürken kümmern und mit Ausgrenzungserfahrungen das Spiel mit der „Opferrolle“ vorantreiben. Das treibt ihnen weiter Leute in die Hände. Auch deshalb, weil nicht die Bildungsoberschicht nach Europa gekommen ist und diese Menschen dafür empfänglich sind. Diese Mischung ist eine Erklärung für den Erfolg der AKP.

„Es wird alles nur schön geredet, weggeschaut und eine Politik der Beschwichtigung betrieben.“

Bei allen Demonstrationen der UETD/AKP in Wien waren die Ultra-Nationalisten der „Grauen Wölfe“ vertreten. Gibt es da ein Zweckbündnis der beiden Parteien – und mit welchem Ziel?

Dönmez: Es gibt eine enge Kooperation zwischen diesen reaktionären Gruppierungen der UETD, der ATIB, der MHP und Teilen der Milli-Görüs-Bewegung in Österreich. Das erkennt man auch am konkreten Beispiel der Islamischen Glaubensgemeinschaft: Der neugewählte Präsident kommt aus der ATIB, dessen Vorgänger stand der Milli-Görüs nahe und der neue Generalsekretär ist ein türkischer Rechtsexperte

aus dem MHP-Lager.

Was sollte die Politik tun, um „türkische Verhältnisse“ in Österreich zu verhindern?

Dönmez: Es ist unverständlich und nicht nachvollziehbar, warum manche Personen, die eine unsere gesellschaftlichen und demokratischen Werte ablehnende Einstellung haben, überhaupt einen Aufenthaltstitel in Österreich bekommen. Es kann auch nicht sein,

dass die österreichische Staatsbürgerschaft dazu missbraucht wird, um hier islamistisch geprägte Ansichten zu vertreten. Dazu braucht es den politischen Mut

und den Willen, endlich Handlungen zu setzen. Unser Rechtsstaat bietet alle, aber wirklich alle rechtlichen Rahmenbedingungen, um dagegen vorgehen zu können. Was aber fehlt, ist der politische Wille und der Mut, hier auch hinzuschauen. Es wird alles nur schön geredet, weggeschaut und eine Politik der Beschwichtigung betrieben. Genau das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Frieden in Österreich. Alle politischen Kräfte sind daher aufgerufen, zu differenzieren, hinzuschauen und anhand der bestehenden Rechtslage Taten zu setzen. Wir brauchen keine weiteren Diskussionsrunden mehr und keine Schönwetter-Politik. Wenn wir weiter zuwarten, wird sich das gesellschaftliche Klima weiter verschärfen. Wir müssen endlich erkennen, dass man die Spreu vom Weizen trennen muss.



Thema
der
Woche

Wenn Erdogan ruft, gehen die Auslan

Erdogans

Über ein dichtes Vereinsn

Noch in der Nacht des gescheiterten Militärputsches mobilisierte die türkische Regierungspartei Demonstrationen für Staatspräsident Erdogan in Österreich. Nach der Massenhäftung von Regimegegnern fürchten Erdogan-Kritiker den Import dieser „politischen Hexenjagd“ sowie das Übergreifen der von Erdogan provozierten Konflikte nach Österreich – und ein Anwachsen des Islamismus bei türkischen Einwanderern.

Der Gastgarten eines von einem Kurden geführten Lokals war am Samstag vor zwei Wochen das erste Ziel nationalistischer Türken. Im Rahmen einer nicht genehmigten Demonstration mit mehr als 1.200 Teilnehmern wurde das Mobilar zertrümmert, der Inhaber bedroht.

In der Nacht zuvor waren bereits an die 4.000 Demonstranten in einer „spontanen“ Sympathie Kundgebung für den türkischen Staatspräsidenten durch die Wiener Innenstadt gezogen, nachdem Erdogan sie via Twitter dazu aufgerufen hatte. Mit Rufen wie „Die Straße gehört uns!“, „Allahu akbar!“ und „Sag es, und wir töten, sag es, und wir sterben!“ wurde lautstark



dstürken auf die Straße – wie hier 2015 bei der Demonstration gegen die Anerkennung des Armenier-Genozids.

langer Arm nach Österreich

netz kontrolliert die AKP die türkisch-stämmigen Zuwanderer im Land

gegen den versuchten Militärputsch in der Türkei demonstriert. Kleinere Kundgebungen wurden zeitgleich auch in Linz und Wolfurt (Vorarlberg) abgehalten.

Organisierte Spontanität

Diese „Spontanaktionen“ waren nur möglich, weil die türkische Regierungspartei über ein dichtes Vereinsnetzwerk in Österreich verfügt. Neben der politischen UETD (Union Europäisch-Türkischer Demokraten) und der religiösen Türkisch-Islamischen Union (ATIB) sind auch Extremisten der islamistischen Milli-Görüs-Bewegung und der nationalistischen „Grauen Wölfe“ (MHP) zur Stelle, wenn es gilt, ihren Landsleuten und den Österreicher die Politik ihres Staatsherrn nahezubringen.

Der ehemalige Bundesrat der Grünen, Efgani Dönmez, selbst türkisch-stämmiger Österreicher, wirft der heimischen Politik vor, diese Instrumentalisierung der Einwanderer durch Erdogan geduldet, ja sogar gefördert zu haben. Und er warnt im NFZ-Gespräch vor den Folgen dieses „Wegschauens und Schönredens“: „Erdogan ist ein Islamist, unter seiner AKP hat es eine Re-Islamisierung der Gesellschaft

gegeben. Das ist ein ganz klares Zeichen dafür, dass die Türkei unter Erdogan sich in Richtung Saudi-Arabien orientiert.“

Staatliche Islamisierung

Selbst die Beitrittsgespräche zur EU habe er nur dazu genutzt, um die verfassungsmäßigen Rechte des Militärs abzubauen, erklärt Dönmez: „Jetzt, nach dem gescheiterten Putsch, gibt es niemanden mehr, der Erdogan entgegenreten könnte, weil er nun alle Macht an sich gerissen hat. Diese Erdogan-Tür-



Die „Grauen Wölfe“: Stets mit bei Erdogan-Demonstrationen.

kei hat in der Europäischen Union nichts verloren.“

Ednan Aslan, Professor für Islamische Religionspädagogik an der Universität Wien, warnte im „Standard“ eindringlich vor der Islamisierung der türkischen Migranten in Österreich durch die AKP-Vereine: „Hier werden unglaubliche Fördersummen ausgeschüttet, um neben Milli Görüs auch Sufi-Organisationen für die Arbeit der AKP zu gewinnen. (...) Daneben werden nicht nur von der Religionsbehörde Diyanet entsandte (ATIB-)Imame vom türkischen Staat besoldet, sondern staatlich geförderte Imame aus der Türkei auch in anderen Organisationen untergebracht.“

Aslans Untersuchung der islamischen Kindergärten in Wien hatte skandalöse Zustände zutage gefördert und gleich mehrere Strafanzeigen wegen des in der Bundeshauptstadt großzügigstmöglichen Erschwindelns von Fördergeld nach sich gezogen. Das war für den grünen Ex-Bundesrat Dönmez kein Zufall. Denn es sei ja auch die SPÖ gewesen, die diese religiös-nationalistischen Vereine gefördert habe. Nicht um der Integration willen, sondern wegen der Wählerstimmen.



POLITIK
ANALYSIERT

Walter Rosenkranz
FPÖ-Sicherheits Sprecher

Das Staunen war groß, als tausende Türken in Wien für ihren Präsident Erdogan demonstrierten. Sogar manch „Kopf-in-den-Sand-Stecker“ rot-grüner Zuwanderungspolitik wurde blass.

Mich wundern solche Bilder nicht: Seit Jahren warnt die FPÖ, dass das hohe Gut der „neuen“ Staatsbürgerschaft bei Zuwanderern, die sich in ihrer Geschichte immer als Landnehmer gesehen haben, eine reine Zwecksache zu „Zuckerln“ wie Sozialleistungen und kürzerem Wehrdienst ist.

Toleranzgrenze

Bei vielen Türken ist und bleibt die Türkei Heimat. Und das ist auch gut so, wenn man zu seiner Herkunft steht. Denn dann kennt sich das heimatbewusste Gegenüber, hier Österreich, auch aus und kann entscheiden. Die von den Linken bejubelte – und mit Steuern hoch dotierte – Integration ist bei vielen Zuwanderern, gerade jenen aus der Türkei, gescheitert.

Beispiele gefällig? Rückkehr in die türkische Staatsbürgerschaft durch die Hintertür, seltsame Briefwahlergebnisse aus Kulturzentren – nicht umsonst sucht sich die SPÖ gerne einen türkisch-stämmigen Kandidaten.

Kein Wunder, wenn statt „Rot-Weiß-Rot“ das „Rot mit weißem Halbmond und Stern“ der türkischen Fahnen im Straßenbild auftaucht! Umso schlimmer, wenn diese Auswüchse bei Doppelstaatsbürgerschaft und Briefwahl nicht sofort von der österreichischen Politik abgestellt werden.

Wer Österreich belügt und betrügt, hat nichts zu erwarten. Am allerwenigsten Toleranz! Wenn SPÖ und ÖVP das nicht wollen, wir schaffen das. Das sind wir künftigen Generationen schuldig!



HOHES HAUS

Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Attentate in Frankreich und Deutschland überschatteten den Sommer ebenso wie der Putsch in der Türkei, der sich als Staatsstreich von oben entpuppt. Fernsehstationen und Zeitungen wurden geschlossen, Richter und Staatsanwälte entlassen, Akademiker mit Ausreiseverbot belegt.

Dass sich unser Parlament mit all diesen Dingen nicht befasst, liegt an der „tagungsfreien Zeit“, die nur durch ein Verlangen von einem Drittel der Abgeordneten (61 Mandate) durchbrochen werden kann. Der Freiheitliche Klub hat derzeit 38 Mandate.

Europa und die Türkei

Vor dem Hintergrund des schweigenden Parlamentes tut die Forderung unseres Klubobmannes nach einem sofortigen Abbruch der Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Türkei besonders gut. HC Strache hat erklärt, dass die Einführung der Todesstrafe in der Türkei nicht die Kernfrage ihres EU-Beitrittes ist, zumal die Türkei auch ohne Todesstrafe nichts in der EU verloren hat. Entscheidend ist nämlich die Überzeugung, dass tragende Gemeinsamkeiten die Voraussetzung für einen Beitritt sind. Die EU-Mitglieder garantieren einander Beistand um ihres Verfassungsstandards willen. Genau dieser Standard ist aber in der Türkei jetzt abhanden gekommen – sofern er jemals gegeben war.

Der Gedanke, dass die Türkei eine Hüterin des Europäischen Wertekanons sein soll, ist abenteuerlich. Um die Absurdität dieser Überlegung zu erkennen, muss man gar nicht die „muslimische Keule“ zücken. Eine nüchterne staatswissenschaftliche Betrachtung ist völlig ausreichend.

SICHERHEITSPOLITIK

14.458 tatverdächtige Asylwerber

Der von ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka und Justizminister Wolfgang Brandstetter Ende Juli vorgelegte „Sicherheitsbericht 2015“ gibt erstmals Zahlen zu den Verbrechen durch Asylwerber bekannt. Insgesamt gab es 92.804 fremde Tatverdächtige, von denen wiederum 14.458 Asylwerber waren, was 15,6 Prozent der fremden Tatverdächtigen entspricht. Zu den meistbegangenen Delikten zählten Diebstahl, Körperverletzung und Suchtmittelhandel.



FPÖ/BM

VERKEHRSPOLITIK

Mehr Bahnunfälle

Der „Sicherheitsbericht 2015“ listet auch Unfälle im Schienenverkehr auf. Die Anzahl der gemeldeten Vorfälle ist gegenüber dem Vergleichszeitraum 2014 stark gestiegen. 2015 gab es 1.957 Meldungen (2014: 1.610), davon 1.179 Unfälle (2014: 931) und 778 Störungen (2014: 679).

AMA-Gütesiegel nur für gentechnik-freie Produkte

FPÖ will „Gentechnik-Hintertür“ für Lebensmittel schließen

Um gentechnisch veränderte Lebensmittel besser zu kennzeichnen, soll das Gütesiegel der Agrarmarkt Austria (AMA) nur noch auf gentechnik-freien Lebensmitteln aufscheinen.

Vorgelblich österreichische Lebensmittel, die mit dem AMA-Gütesiegel ausgezeichnet sind, dürfen bis zu einem Drittel Zutaten aus ausländischer Produktion enthalten. Angesichts der Tatsache, dass gewisse Rohstoffe wie Gewürze oder tropische Früchte nicht in Österreich wachsen, sei ein bestimmter Toleranzbereich legitim, räumte FPÖ-Agrarsprecher Harald



FPÖ/AMA

FPÖ will Gütesiegel nur noch auf gentechnik-freien Produkten.

Jannach ein. Insgesamt sei aber die zulässige Höchstgrenze von 33 Prozent aber als zu hoch zu bewerten.

Zudem kritisierte er, dass die

große Mehrheit der mit dem AMA-Gütesiegel ausgezeichneten Produkte weder bio noch gentechnikfrei sei. „Gentechnik landet häufig durch die Hintertür auf unseren Tellern, zumal importierter Gentechnik-Soja im Rahmen des AMA-Gütesiegelprogramms verfüttert wird“, hob der Agrarsprecher der Freiheitlichen hervor. Deshalb brachte er nun im Nationalrat einen Entschließungsantrag ein, der eine entsprechende Überarbeitung der Richtlinien vorsieht, um zu garantieren, dass das AMA-Gütesiegel nur noch an zu 100 Prozent gentechnikfreie Lebens- und Futtermittel verliehen werden soll.

FPÖ-ABGEORDNETE DECKEN AUF

Enorme Außenstände bei Krankenkassen

Bereits im Frühjahr 2015 hatten die heimischen Krankenkassen über die schlechte Zahlungsmoral von Patienten aus anderen EU-Ländern bzw. von deren Sozialversicherungen geklagt. Der damalige Chef des Hauptverbandes und nunmehrige ÖVP-Generalsekretär Peter McDonald hatte damals Maßnahmen angekündigt, um die offenen Forderungen einzutreiben. Erfolglos, wie sich nun zeigt. Wie nämlich eine parlamentarische Anfrage der freiheitlichen Gesundheitsprecherin Dagmar Belakowitsch-Jenewein an SPÖ-Gesundheitsministerin



FPÖ/NFZ

Sabine Oberhauser aufgedeckt hat, sind die Schulden der ausländischen Krankenkassen in Österreich noch einmal gestiegen.

Konkret standen bei den österreichischen Kassen (Stichtag: 31. Dezember 2015) mit in Summe mehr als 265 Millionen Euro in der Kreide. Ende 2014 waren es „nur“ rund 232,4 Millionen, 2013 noch 215,8 und 2012 immerhin 198,3

Millionen Euro. „Die Kassen sind offenbar nicht in der Lage, das Geld ordentlich zurückzufordern. Das Gesundheitsministerium hat Handlungsbedarf“, sagt Belakowitsch-Jenewein.

Ob man das Geld nicht überhaupt in den Wind schreiben muss, scheint laut Hauptverband nicht ausgeschlossen, ärgert sich die FPÖ-Gesundheitsprecherin. Denn in dessen Stellungnahme heißt es wörtlich, dass keine Aussage darüber getroffen werden könne, „ob und inwieweit die zum Stichtag aktuell bestehenden bzw. ausgewiesenen Forderungen letztendlich eingebracht werden können oder aber als uneinbringlich abzuschreiben sind.“

„Erdogan hat die rote Linie überschritten!“

HC Strache fordert Stopp der Beitrittsverhandlungen und Sanktionen gegen die Türkei

Nicht nur die Massenverhaftungen von Regimekritikern in der Türkei, sondern auch die „Spontan-Demonstrationen“ der Erdogan-Anhänger in Österreich finden die Kritik der FPÖ. HC Strache forderte eine klare Antwort der EU und der Bundesregierung ein.

„Was wir brauchen, ist ein sofortiger Stopp der Beitrittsverhandlungen und der Milliardenzahlungen sowie endlich Sanktionen“, forderte der FPÖ-Parteichef und fügte dem seine Kritik an Brüssel hinzu. Wenn die EU nur die von Erdogan angekündigte Einführung der Todesstrafe als „rote Linie“ sehe, dann sei das nur noch „blanker Zynismus“. „Der türkische Staatspräsident Erdogan hat diese rote Linie längst überschritten.“

Keine türkischen Verhältnisse

Es sei bedenklich, dass es in Österreich möglich sei, binnen weniger Stunden tausende radikale Pro-Erdogan-Demonstranten auf die Straßen zu bringen, bemerkte FPÖ-Generalsekretär Herbert

Kickl zu den sogenannten „Spontan-Demonstrationen“ in Wien. Dazu machte der dem Innenministerium den Vorwurf, diese unangemeldeten Demonstrationen nicht sofort aufgelöst zu haben: „Wenn man in Österreich demonstrieren will, dann ist das nach ganz klaren Regeln möglich. Wilde Zusammenrottungen von teilweise gewalttätigen und gewaltbereiten Gruppen fallen jedenfalls nicht unter das Demonstrationsrecht.“

Nach den Vorkommnissen am Wochenende sei es nun ein Gebot der Stunde, sich diese Herrschaften genauer anzusehen, forderte Kickl. „Österreich ist nicht der Ort, um türkische Politik auf den Straßen auszutragen!“, bemerkte Kickl zu den Ausschreitungen



HC Strache und Herbert Kickl fordern Sanktionen gegen Erdogan und seine „Die Straße gehört uns“-Sympathisanten in Wien.

gegenüber Kurden in Wien. Hier offenbare sich die völlig verfehlt linke Zuwanderungspolitik von ihrer schlimmsten Seite. „Viele dieser integrationsunwilligen Türken verfügen über eine illegale Doppelstaatsbürgerschaft. Darauf soll-

te die Exekutive achten, im nachgewiesenen Fall die österreichische Staatsbürgerschaft aberkennen und die erappten Türken in ihre Heimat zurückführen“, forderte der FPÖ-Generalsekretär als Konsequenz.

Untersuchungsausschüsse als Minderheitenrecht



Eine Dokumentation des Kampfes um dieses parlamentarische Kontrollinstrument

Die 2015 erfolgte Einigung im österreichischen Nationalrat, den parlamentarischen Untersuchungsausschuss als Minderheitenrecht einzurichten, gilt für viele als „Meilenstein“, der die eminente demokratiepolitische Bedeutung parlamentarischer Kontrollrechte unterstreicht.

Dieses Gesetz hat erst den Hypo-Untersuchungsausschuss ermöglicht. Insofern lag es nahe, dies in einem Buch festzuhalten, was der Klubdirektor des freiheitlichen Parlamentsklubs, Norbert Nemeth und der Büroleiter HC Straches, Reinhard Teufel, in einer Autoren-gemeinschaft getan haben.

In dem nun vorliegenden Werk, das vom freiheitlichen Bildungsinstitut publiziert wird, versuchen die Autoren eine Brücke zu schlagen, von den Anfängen im Verfassungskonvent über die mediale Diskussion von Meinungsmachern und Entscheidungsträgern dieser Republik bis hin zum programmatischen Niederschlag in den Positionspapieren der im Nationalrat vertretenen Fraktionen. Darüber hinaus



Auch Bundeskanzler müssen vor U-Ausschüssen erscheinen.

wird die Rechtslage in den einzelnen Bundesländern dargestellt und verglichen.

Der anerkannte Verwaltungsrechtsexperte Andreas Hauer betont im Vorwort zum Buch: „Norbert Nemeth und Reinhard Teufel haben den langen Kampf um das Minderheitenrecht auf Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen umfang- und kenntnisreich dokumentiert und in zahlreiche Wechselbezüge eingebettet.“

Nemeth und Teufel zeigen auf,

dass in parlamentarischen Regierungssystemen, in denen die Regierung über eine Mehrheit im Parlament verfügt, Kontrollrechte eben nur dann effektiv eingesetzt werden können, wenn sie auch einer Minderheit zur Verfügung stehen – oder die Mehrheit bereit ist, Kontrolle zuzulassen.

Sie verweisen darauf, dass die vornehmste Aufgabe des Parlaments die Gesetzgebung bleibe. „Dennoch musste sichergestellt werden, dass auch der parlamentarischen Kontrolle der Tätigkeit der

Regierung und Verwaltung wirk-same Instrumente zur Verfügung gestellt werden“, so die Autoren. Damit werde jene „Qualität des Regierungsprozesses im umfassendsten Sinne“ sichergestellt, die der scheidende Bundespräsident Heinz Fischer einst gefordert hatte.



Das Buch „Parlamentarische Untersuchungsausschüsse als Minderheitenrecht“ kann kostenlos beim FPÖ-Bildungsinstitut (Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien, bildungsinstitut@fpoe.at) bezogen werden.



Harald Vilimsky

So nicht, Herr Recep Erdogan!

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“

Diesen Satz tönte der umstrittene türkische Premier Recep Erdogan am Beginn seines politischen Aufstiegs in Ostanatolien. Und bis zum heutigen Tag verfolgt er das Ziel dieser Islamisierung. Mit einem derartigen Politiker einen Pakt einzugehen, wie es die EU gemacht hat, war

ein fataler Fehler. Heute tanzt Erdogan ganz Europa auf der Nase herum. Er droht mit einer weiteren Flüchtlingsschwemme, will die volle Visaliberalisierung, muntert seine Landsleute in Europa auf, sich nicht zu integrieren und geriert sich als Diktator.

Bis zum heutigen Tag verhandelt die EU über einen Beitritt mit der Türkei. Wir zahlen bereits unter dem Titel „Heranführungshilfe“ in seine Kassen. Zwischen 2007 und 2013 immerhin satte 4,8 Milliarden Euro, bis 2020 sind weitere 4,5 Milliarden veranschlagt. Dazu noch drei Milliarden für den sogenannten „Flüchtlingsdeal“. In anderen Worten: Die EU sponsort die krasse Fehlentwicklung in der Türkei mit den Mitteln des europäischen Steuerzahlers und lässt sich auch noch erpressen.

Damit muss endlich Schluss sein: Sofortige Beendigung der Beitrittsverhandlungen, Stopp aller Zahlungen an die Türkei und Verhängung von Sanktionen!

EU-Förderungen nur in Minderzahl erfolgreich

Seit Jahrzehnten werden Milliarden Euro für das im EU-Vertrag festgelegte Ziel ausgegeben, „den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern“. Zwischen 2014 und 2020 sind in der EU-Kohäsionspolitik Ausgaben im Umfang von 352 Milliarden Euro geplant – ein Drittel des EU-Haushalts.

Der größte Teil des Geldes fließt nach Osteuropa und in die Altmitgliedsländer Spanien, Portugal, Italien und Griechenland. Doch es gibt Zweifel am Erfolg der gigantischen Fördermaschinerie. „Die europäische Regionalpolitik war nicht so erfolgreich, wie man sich das vorgenommen hat“, heißt es in einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. „Starke Fortschritte“ machten viele osteuropäische Länder sowie einige Regionen in Spanien und Portugal, während es aber eine Vielzahl von Regionen gibt, die mit einem unterdurchschnittlichen Wachstum wirtschaftlich weiter abgehängt

wurden. Neben Italien betrifft das viele Gebiete in Griechenland, in Frankreich und in Großbritannien.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die EU-Fördermittel vor allem den Regionen und Staaten helfen, denen es an grundlegender Infrastruktur, also Straßen, Flughäfen oder Bahnstrecken mangelt. In Regionen, wo es hingegen strukturelle Probleme gibt, etwa wenig Industrie, da bewirken auch die EU-Milliarden wenig – egal wie viele man dorthin schickt.



Erfolgreiche EU-Förderung?

Trotz Islamisten-Attentaten Merkel auf ihr „Wir schaffen es“

Hunderttausende ungeklärte Identitäten und Kosten



Trotz wachsender – auch CDU-interner – Kritik beharrt Merkel auf ihrer Politik. Vor Warnungen vor den Gefahren der unkontrollierten Einwanderung, wie die AfD

Vor elf Monaten war Bundeskanzlerin Angela Merkel vor die Bundespressekonferenz in Berlin getreten, um zu erklären, dass sie die Grenzen für alle Flüchtlinge öffnen will. Einen Monat früher als geplant, verlautbarte Merkel dieses Jahr die gleiche Botschaft: „Ich bin heute wie damals davon überzeugt, dass wir es schaffen.“

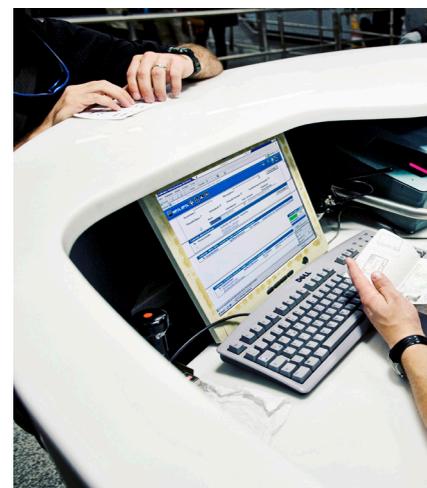
Am 31. August 2016 hatte der Erstickungstod von 71 Flüchtlingen in einem im burgenländischen Parndorf entdeckten Kühltransporter die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel veranlasst, die deutsche Grenze zu öffnen. 1,3 Millionen Einwanderer folgten in den darauffolgenden Monaten dieser Einladung Merkels.

Jetzt, elf Monate und eine blutigen Attentatsserie in Deutschland später, zeigte sich Merkel unbeeindruckt. Im Vorjahr noch waren Flüchtlinge nur Opfer, im Juli 2016 offenbarten sich Asylwerber in Würzburg, Ansbach und Reutlingen als islamistische Attentäter, die mit Messern, Axt und einer Rucksackbombe zuschlugen.

Probleme bei Identitätsklärung

Kritik an dieser Ausblendung der Gefahren durch die Bundeskanzlerin kommt in erster Linie aus Bayern. „Wir müssen davon ausgehen, dass sich Tausende im Land befinden, von denen wir keine Ahnung haben. Damit ist die innere Sicherheit in Gefahr“, hatte Bayerns In-

nenminister Joachim Herrmann (CSU) bereits im Oktober 2015 gewarnt. Von den rund 1,3 Millionen von der Grenzpolizei bei der Einreise gezählten Flüchtlingen hatten bis Ende März erst 900.000 Asylanträge gestellt, ihre Identität ist zumindest überprüft worden. Da rund 70 bis 80 Prozent der Asylwerber keine Ausweisdokumente vorwei-



Polizeigewerkschaft gesteht große Probleme bei der Identitätsklärung der Zuwanderer ein, die oftmals nur ei-

Attentaten besteht r schaffen das!“

enexplosion im Asylbereich stellen das in Frage



atik der offenen Grenze für „Flüchtlinge“. Inzwischen bestätigen sich die
nschlagserie in den letzten Tagen blutig gezeigt hat.

sen konnten, eine Sisyphus-Arbeit, die der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, jetzt scharf kritisierte: „Fast alle Syrer, die 2015 eingereist sind, haben lediglich einen Fragebogen ausgefüllt, ohne intensive Befragungen.“

Waren zur Jahreswende rund 500.000 Asylwerber nicht einmal erkenntlich registriert, so schätzt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) deren Zahl auf derzeit 150.000 Personen – ohne jedoch garantieren zu können, dass die Identitäten der überprüften Asylwerber auch echt seien.



Probleme bei der Identitätsüberprüfung
nen Fragebogen ausfüllen mussten.

Denn dazu fehlen die Unterlagen dieser zumeist vorgeblich aus Syrien stammenden Migranten.

Die Kosten explodieren

Verkalkuliert hat man sich in Berlin auch bei den Kosten der Einwanderungswelle. Nach Berechnungen des Städte- und Gemeindebundes werden 2017 insgesamt 20 Milliarden Euro nötig sein – sieben Milliarden Euro mehr, als bisher vorgesehen. Auch das Budget im Bereich Innere Sicherheit, also der Polizei, muss 2017 nachgebessert werden. Die Haushaltsexperten des Bundestages errechneten einen jährlichen Zusatzaufwand von 1,3 Milliarden Euro für die benötigten 20.000 Stellen bei der Polizei.

Teuer wird auch die geplante Abschiebung abgewiesener Asylwerber: 655 Millionen Euro Mehrkosten für die deutschen Steuerzahler. 220.000 Personen müssten derzeit eigentlich abgeschoben werden. Im ersten Halbjahr 2016 haben jedoch erst 13.000 die Bundesrepublik verlassen. Dazu kommen allerdings nach Schätzungen des Innenministeriums noch mindestens 370.000 Asylbewerber, deren Anträge in diesem Jahr voraussichtlich abgelehnt werden – und die dann ebenfalls ausreisepflichtig werden. Schafft das Deutschland?

KURZ UND BÜNDIG



Foto: BM

Opfer der EU-Ostöffnung

Die Zahl der Einbrüche in Deutschland steigt dramatisch an. In den vergangenen fünf Jahren hat sie um mehr als 30 Prozent zugenommen – zuletzt auf 167.000, ein Plus von knapp zehn Prozent zum Vorjahr. So hoch war die Zahl der Einbrüche bisher erst einmal in den frühen neunziger Jahren nach der Öffnung der Grenzen zu Osteuropa. Auch im ersten Halbjahr 2016 hat sich die steigende Tendenz fortgesetzt, wie die Landeskriminalämter dieser Tage gemeldet haben. Die deutschen Versicherungsinstitute sprachen bereits von Sachschäden in Höhe von insgesamt 530 Millionen Euro durch Einbruchdiebstahle im vergangenen Jahr.

Waffenlieferanten des IS

Nach einem Islamisten-Anschlag 2014 in der Südtürkei wurden bei einem der Attentäter Handgranaten des Schweizer Rüstungskonzerns Ruag gefunden. Laut Angaben des Konzerns stammten diese aus einer Lieferung von 225.000 Stück an die Vereinigten Arabischen Emirate im Jahr 2003. Ruag betonte auch, dass das Geschäft nur mit der offiziellen Auflage abgeschlossen worden sei, dass diese Handgranaten keinesfalls weitergegeben werden dürfen. Es ist nicht das erste Mal, dass die Golfstaaten als Waffenlieferanten und finanzielle Unterstützer der Terrormiliz „islamischer Staat“ (IS) in Erscheinung getreten sind.



Foto: youtube.com

Erdogan will Visafreiheit von der EU erpressen

Nach dem niedergeschlagenen Militärputsch geht die Türkei jetzt auch offensiver gegen die EU vor. So erklärte Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, dass die EU bis spätestens Oktober die zugesagte Visafreiheit für türkische Staatsbürger einführen müsse. Andernfalls werde die türkische Regierung das Flüchtlingsabkommen mit der Europäischen Union aufkündigen: „Wenn es nicht zu einer Visaliberalisierung kommt, werden wir gezwungen sein, vom Rücknahmeabkommen und der Vereinbarung vom 18. März Abstand zu nehmen.“

Dass das Abkommen bisher deshalb nicht umgesetzt werden konnte, weil die Türkei bei weitem noch nicht alle notwendigen Vorschriften umsetzen konnte, verschwieg Çavuşoğlu. Der strittigste Punkt unter den 72 Bedingungen ist die Reform der türkischen Anti-Terror-Gesetze. Deren Änderung hatte Staatspräsident Recep Tayyip Er-

doğan bereits bei Vereinbarung des Flüchtlingsabkommens als unannehmbar bezeichnet.

Dass diese nicht den Grundsätzen der EU entsprächen, konterte er vergangenes Wochenende mit Kritik an den „demokratischen Verhältnissen“ in Deutschland und Österreich. Denn die beiden Länder würden den dort lebenden Türken das Demonstrationsrecht beschneiden und ihnen das Tragen der türkischen Fahne verbieten, erklärte er in einer Fernsehansprache.



Foto: NSC

Erdogan droht Brüssel.

TERMINE

4 Sommergespräch mit Hans Tschürtz

Donaustädter „Sommergespräch“ im Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien) mit Burgenlands FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz. Beginn: 19.00 Uhr.

6 Bürgerstand der FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Samstag, dem 6. August 2016, zwischen 10.00 und 12.00 Uhr zu ihrem „Bürgerstand“ beim EKZ (Simmeringer Hauptstr. 96a, 1110 Wien).

7 OÖ: Grillfest der FPÖ Münzkirchen

Die FPÖ-Ortsgruppe Münzkirchen lädt am Sonntag, dem 7. August 2016, zu ihrem Sommergrillfest bei der Familie Freylinger (Ficht 19, 4792 Münzkirchen) ein. Beginn: 10.00 Uhr.

7 Grillfest der FPÖ Taufkirchen/Pram

Die Innviertler FPÖ-Ortsgruppe Taufkirchen an der Pram lädt am Sonntag, dem 7. August 2016, zu einem Grillfest in der Produktionshalle der Firma Weißhaidinger (Pram 11, 4775 Taufkirchen an der Pram) ein. Beginn: 10.00 Uhr.

11 Sommergespräch mit Mario Kunasek

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 11. August 2016, zu ihren „Sommergesprächen“ im Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien) mit dem steirischen FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek. Beginn: 19.00 Uhr.

17 FPÖ-Stammtisch auf der Schmelz

Die FPÖ-Rudolfsheim-Fünfhaus lädt am Mittwoch, dem 17. August 2016, zu ihrem „Sommerstammtisch“ ins Schutzhaus Zukunft auf der Schmelz (verlängerte Guntherstraße, 1150 Wien). Beginn: 18.00 Uhr

LESER AM WORT

**„Kraft der Finsternis“**

Der neue Bundeskanzler meint also, die einzige Heimatpartei wäre die „Kraft der Finsternis“, während seine Partei natürlich die „Kräfte des Lichts“ innehat. Wenn es brauchbar scheint, greift auch die SPÖ zur Bibel. Aber trotzdem werden dämliche Sager nicht gescheiter. Wenn der neue Parteisoldat an der Spitze der SPÖ glaubt, dass es genügt, Sprüche zu klopfen und die erfolgreichen Freiheitlichen zu denunzieren, dann wird er nach der nächsten Wahl genug Zeit haben, darüber nachzudenken, ob er das mit Licht und Finsternis nicht doch irgendwie verwechselt hat.

Karl Blumauer, Krieglach

**Scheinwelt**

Als Bürger Europas lebt man in einer Endlosschleife. Man hat ein Problem und diskutiert darüber. Dann legt man es zur Seite, ohne es mit einer nachhaltigen Lösung abzuschließen, stets in der Hoffnung, dass sich die Probleme wie

durch ein Wunder von Geisterhand von selbst auflösen. Ein wenig später liegt das nächste Problem auf dem Verhandlungstisch. Österreich und Deutschland sind ein Paradebeispiel dafür. Und jetzt fällt diesen links-geprägten Regierungen nichts besseres ein, als vor Rechtsparteien zu warnen? Das funktioniert auch nur noch bei Leuten, die in ihrer eigenen Scheinwelt verharren.

Christian Stafflinger, Linz

Lösung des Asylproblems

Sehr viele Hotelzimmer in der Türkei sind frei. Wie wäre es, wenn die Asylwerber von unseren Hotels in diese übersiedeln würden? Kulturell würde das bestens passen – alles Muslime, d.h. alle könnten mit Burka und Kopftuch herumrennen – alles wie zu Hause. Nebenbei wären die Kosten dort viel günstiger, und die Regierung hätte mit diesem Schritt wieder mehr Achtung und Vertrauen bei den Wählern. Österreich könnte sozusagen wieder österreichisch werden...

Stephan Pestitschek, Strasshof

Anschlagwelle

Europa wird gerade von einer Anschlagserie heimgesucht. Die Ursachen der Flüchtlingskrise in die Schuhe zu schieben, wäre zu kurzfristig, jedoch die Verbindung dazu nicht zu verleugnen. Die Zeiten des Schönredens und Buntfär-

bens diverser Einzelfälle muss endgültig vorbei sein. Bei Gewalt- und Straftaten gegen unschuldige Zivilisten ist mit Toleranz keine Politik (mehr) zu machen.

Christian Deutinger, Kematen

**Erdogan-Sympathisanten**

Jetzt haben wir es also bereits so weit gebracht, dass mitten in der Nacht Anhänger des Diktators Erdogan schreiend und Fahnen schwingend durch unsere Straßen ziehen. Es handelt sich hierbei um nicht angemeldete Demos. Ich frage mich daher, warum schreitet die Polizei nicht ein und löst diese auf? Der türkische Botschafter in Österreich versteht nicht, warum dies bei unserer Bevölkerung Unbehagen auslöst und weshalb die Österreicher nicht mit den Türken gemeinsam für deren Anführer Erdogan auf die Straßen gehen, der die Menschenrechte missachtet.

Andreas Gierer, Perg

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue Freie Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,- Jahrespreis € 30,- Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,- Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Sonderausschuss zu den Kindergartenskandalen

Schluss mit rücksichtsloser Rot-Grün-Politik gegen Kinder

Nach den Skandalen und dem eklatanten Missbrauch von Fördergeld bei Kindergärten in Wien müssen Konsequenzen gezogen werden. FPÖ und ÖVP fordern einen Untersuchungsausschuss zur dieser rot-grünen Steuergeldverschwendung.

„Die missbräuchliche Verwendung von sechs Millionen Euro konnte nicht von gestern auf heute entstehen. Wo blieb in den letzten Jahren die Kontrolle der verantwortlichen Stadträte?“, zeigt sich FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus entsetzt über die „unsägliche Abschiebung der Verantwortung“ durch die rot-grüne Stadtregerung.

Wer trägt Verantwortung?

Daher haben FPÖ und ÖVP gemeinsam das Verlangen nach einem Sonderausschuss eingebracht. Dieser müsse nun binnen 14 Tagen



„Gratis-Kindergarten“ kommt SPÖ-Frauenberger teuer zu stehen.

abgehalten werden, wobei der Ausschusstermin innerhalb der nächsten fünf Tage festgesetzt werden muss. „Dieser Sonderausschuss soll Licht in die Kindergartenskandale der Stadt bringen. Denn anhand der Vielzahl der Schlampeereien kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen“, betonte Gudenus. Diese rücksichtslose Politik auf dem Rücken der Kinder bereite den Eltern große Sorgen und

stelle sie vor große Probleme, kritisierte der FPÖ-Vizebürgermeister: „Die zuständige SPÖ-Stadträtin Sonja Frauenberger muss sich im Sonderausschuss den Fragen nach Islamismus in Kindergärten, Förderbetrug und Missbrauch von Steuergeldern als logisches Ergebnis jahrelanger Ignoranz, Nachlässigkeit und Realitätsverweigerung stellen und ihre Untätigkeit dem Landtag gegenüber erklären!“

Gesetzwidrige Gagen für rote Genossen

Bereits vielfach wurde vom Österreichischen Mieterschutzring (ÖMR) Wien und der FPÖ aufgezeigt, dass der wohnbaugenossenschaftliche Gedanke und die wohnbaugenossenschaftlichen Grundsätze von der SPÖ in Wien nachhaltig verletzt und mit Füßen getreten werden.

So ist es bezeichnend, dass die rote Sozialbau AG und die städtische GESIBA AG in die Rechtsform einer Aktiengesellschaft umgewandelt wurden. „Die SPÖ hat es sich gerichtet, dass nicht mehr die Generalversammlung aller Genossenschaftsmitglieder unter anderem über die Personen und die Gagen der Vorstände entscheidet,

sondern nur ein erlesener Kreis ausgewählter Genossen als Aktionäre oder Aktionärsvertreter. Dies alles mit tatkräftiger Unterstützung durch den zuständigen SPÖ-Wohnbaustadtrat Michael Ludwig“, kritisiert der Vorstand des Mieterschutzrings, der FPÖ-Abgeordnete Alfred Wansch.

Der Mieterschutzring Wien fordere daher die Rückzahlung der gesetzwidrig ausbezahlten Vorstandsgehälter durch die begünstigten Vorstände und die Rückzahlung der ausgeschütteten Gewinne durch die Aktionäre von GESIBA und Sozialbau zur zweckgemäßen Verwendung für sozialen Wohnbau, betonte Wansch.



Genossen versorgen Genossen mit großzügigsten Gehältern.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Unlängst in einem kleinen Kabarett hat der – wie heißen die heute? Comedian! – einen Spaß gemacht, über den nur ein paar Leute gelacht haben.

Er wird, hat er gesagt, seine Frau demnächst am Naschmarkt in eine Kiste mit Bananen setzen. Denn vielleicht ist ja doch ein Skorpion drinnen...

Witzig? Oder grenzdebil?

Bananen

Aber es gibt auch andere „Comedians“. Einer heißt Kern und tourte kürzlich mit kernigen Sprücheln durchs Land. So meinte er: „Es geht derzeit um eine Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Lichts und den Kräften der Finsternis.“ Mit den letzten hat er, no na, die FPÖ gemeint.

Bibelfest, der Herr Bundeskanzler, denn bei Johannes 3,19 heißt's: „Das aber ist das Gericht, dass das Licht in die Welt gekommen ist, und die Menschen liebten die Finsternis mehr als das Licht; denn ihre Werke waren böse.“

Hat es Herr Kern ernst gemeint, hat er mindestens die Hälfte der Österreicher als böse bezeichnet und schwer beleidigt. War es ein Scherz, hat er die Grenze zwischen Spaß und Blödsinn weit überschritten.

Nein, ich setz' ihn in keine Bananenkiste. Ausgerutscht auf einer selbergelegten Bananenschale und moralisch ziemlich zertepert ist er jetzt sowieso.

NIEDERÖSTERREICH **Familienfeindliche ÖVP**

Als „eine Politik der Schande, die allein die ÖVP zu verantworten hat“, bezeichnet Klubobmann Gottfried Waldhäusl den Ausnahmezustand von niederösterreichischen Familien. 19,2 Prozent davon sind armutsgefährdet und haben monatlich weniger als 977 Euro zur Verfügung. Die FPÖ fordert daher die Umsetzung eines „Zwei-Säulen-Unterstützungspakets“. Dabei sollen die Erziehungsberechtigten ein monatliches Kinderbetreuungsgeld von 838 Euro für sechs Jahre und einen „Familienscheck“ im Wert von 1.000 Euro erhalten.

BURGENLAND **Junge Ortsobfrau**

Am 23. Juli wurde im burgenländischen Rechnitz eine FPÖ-Ortsgruppe gegründet, bei der neben der zwanzigjährigen Obfrau Barbara Lipphart auch die Stellvertreter Gottfried Tomsits und Thomas Karacsony gewählt wurden. „Wir wollen allen eine politische Heimat geben, die mit der derzeitigen Politik unzufrieden sind“, so Lipphart.



Barbara Lipphart

VORARLBERG **684 illegal Beschäftigte**

Einer schriftlichen Anfrage seitens der Freiheitlichen an den Finanzminister zufolge wurden im Ländle im Jahr 2015 rund 430 Strafanträge durch die Finanzpolizei eingebracht. Davon gab es 210 Strafanträge aufgrund illegaler Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen. Weiters wurden rund 684 ausländische Personen, die mutmaßlich illegal tätig sind, festgestellt. „Die FPÖ hat bereits mehrmals gefordert, dass der heimische Arbeitsmarkt und mit ihm die heimische Wirtschaft, die sich an die Gesetze hält, geschützt gehören. Es ist endlich an der Zeit, dass hier gehandelt wird. In diesem Bereich darf der Sparstift nicht zur Anwendung kommen. Die Aufstockung der Finanzpolizei in Vorarlberg wäre daher ein Schritt in die richtige Richtung“, fordert FPÖ-Bundesrat Christoph Längle.

FPÖ fordert Vollzeitbesetzung von unbesetzten Polizeiplanstellen**Steigende Gewalttaten in Salzburg verlangen mehr Exekutive**

Die Salzburger Freiheitlichen wollen aufgrund der zunehmenden Kriminalität die Sparmaßnahmen der Regierung im Sicherheitsbereich verhindern.

„Angesichts der auch in Salzburg steigenden Unsicherheitslage ist die Vollzeitbesetzung von unbesetzten Planstellen, derer es in Salzburg mit Stichtag 1. Februar 33 gibt, ein Gebot der Stunde. Sowohl der Salzburger Bevölkerung als auch der Exekutive wäre angesichts des hohen Arbeitspensums und der steigenden Kriminalität geholfen – und das nicht nur zur Festspielzeit!“, fordert FPÖ-Landesparteiobfrau Marlene Svazek im Zuge der jüngsten Gewalttaten in Salzburg.

Sicherheit hat Vorrang!

Besonders wichtig sei vor allem, dass die von der Landesregierung geführte Sparpolitik im Sicher-

SALZBURG 

Foto: NFZ

FPÖ fordert mehr Polizeiplanstellen für mehr Sicherheit in Salzburg.

heitsbereich verhindert und mehr Investitionen in die Sicherheit der Bevölkerung getätigt werden. Diesbezüglich sei auch die Politik gefragt, ihr Bestmöglichstes beizutragen. „Ich erwarte, dass die beiden Syrer, die einen Mann in der

Stadt Salzburg kaltblütig ermordet haben, Österreich umgehend verlassen müssen. Solche Menschen haben jegliches Recht auf Schutz und Hilfe hier verwirkt“, fordert Svazek ein härteres Vorgehen gegen kriminelle Asylwerber.

KÄRNTEN **Sparkurs bei Versicherten**

FPÖ-Landesparteiobmann Gernot Darmann übte Kritik an den hohen Jubiläumsgeldern der Kärntner Gebietskrankenkasse: „Es ist ein fatales Signal, wenn ausgerechnet die GKK Kärnten jene Sozialversicherung in Österreich ist, welche an die eigenen Mitarbeiter die höchsten Jubiläumsgelder auszahlt: Im



Gernot Darmann sorgt sich um die Gesundheit der Bürger.

Jahr 2015 waren es durchschnittlich 8.716 Euro pro Kopf und damit um 40 Prozent mehr als bei der steirischen GKK. Die Kärntner GKK als vergleichsweise ‚ärmste‘ Krankenkasse Österreichs mit hohen jährlichen Abgängen sollte sich diesen Luxus nicht leisten, während sie gleichzeitig bei den Leistungen für die Versicherten spart und die österreichweit geringste Anzahl an Vertragsärzten hat“, so Darmann nach Bekanntwerden der Zahlen aufgrund einer parlamentarischen Anfrage.

Fraglich sei, wie SPÖ und ÖVP dieser Unmäßigkeit zustimmen konnten. Darmann erinnerte, dass der Rechnungshof die Kasse bei der letzten Prüfung massiv gerügt und die ungewöhnlich hohe Zahl von Frühpensionierungen bemängelt hatte. „Wenn es um die Gesundheit der Menschen geht, spart die GKK, aber wenn sie ihre eigenen Leute bedient, ist sie großzügig“, stellt Darmann fest.

BURGENLAND 

Foto: FPÖ Burgenland

Tourismuszahlen auf Rekordwert

Das touristische Angebot im Burgenland lockt immer mehr Gäste an: Insgesamt 451.470 Gäste wurden heuer in den ersten sechs Monaten gezählt, was einer Steigerung von 9,5 Prozent entspricht. Der Juni gestaltete sich aufgrund der Feiertagsverschiebung schwieriger. Dies spiegelte sich auch in den Nächtigungen wider. „Die Gemeinden, die die Feiertagsverschiebung in ihrem Angebot berücksichtigt haben, konnten auch im Juni ein Plus einfahren. Diese Einflüsse müssen zukünftig berücksichtigt werden“, so FPÖ-Landesrat Alexander Petschnig.

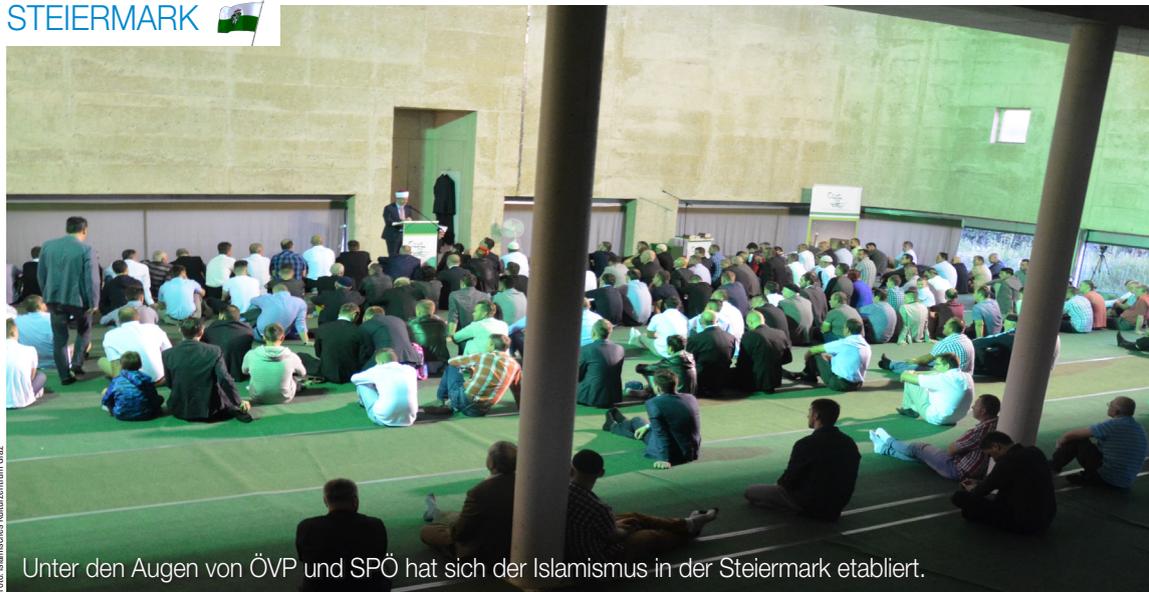
STEIERMARK 

Foto: Islamisches Kulturzentrum Graz

Unter den Augen von ÖVP und SPÖ hat sich der Islamismus in der Steiermark etabliert.

Die Steiermark wurde zum Paradies für Islamisten

Freiheitliche verlangen härteres Vorgehen von Behörden und Justiz

Mario Kunasek, Landesparteiobmann der FPÖ Steiermark, warnt vor der voranschreitenden Islamisierung und verlangt Gegenmaßnahmen.

Ein Experte der Landespolizeidirektion Steiermark erklärte im Mai 2016 gegenüber der „Kleinen Zeitung“, wie dramatisch die Situation in der Grünen Mark ist: „Die Lage ist bedrohlich: Der Islamismus findet immer mehr Zulauf. Er nimmt bei uns bereits gefährliche Formen an. Von den 16 Moscheen in Graz müssen wir acht als radikal einstufen. Zudem radikalisieren Religi-

onslehrer in den Schulen, und verschleierte Mädchen traktieren ihre nicht verschleierten Mitschülerinnen.“

Verbindung zu Terroristen

Bereits an die 400 männliche Salafisten sollen allen im Großraum Graz leben. „Viele von ihnen haben ihren Job aufgegeben, um sich ganz der Islamisierung unserer Gesellschaft widmen zu können“, warnte der Polizeiexperte. Zudem konnten immer wieder Querverbindungen zwischen Terroristen im Ausland und gewaltbereiten Gruppen in der Steiermark festgestellt werden.

Die FPÖ Steiermark brachte daher im Landtag mehrere Entschließungsanträge ein und forderte die rot-schwarze Landesregierung zum Handeln auf. „Wir verlangen die Streichung von freiwilligen Sozialleistungen für Dschihadisten, Rückkehrer und verurteilte Islamisten sowie die Aufstockung der Exekutive, den Schutz kritischer Infrastruktur, einen jährlichen Islamismusbericht, die gesetzliche Verankerung eines Bauverbotes für Minarette und die Untersagung von radikal-islamischen Veranstaltungen“, erklärte dazu FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek.

Ende der Schuldenpolitik

Die FPÖ übt scharfe Kritik an der Sozialpolitik der SPÖ in Oberösterreich. Besonders das Projekt „Sozial-Ressort 2021+“ von SPÖ-Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer ist ihr ein Dorn im Auge. Ab Mitte September soll der künftige Leiter der Sozialabteilung, Michael Slapnicka, gemeinsam mit Vertretern jener Organisationen und Vereine, die Leistungen im Sozialbereich erbringen, eben diese auf Effizienz und mögliche Sparpotenziale durchleuchten. Für FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haim-

buchner ist die Evaluierung des Projektes, bei dem sich Betroffene selbst überprüfen sollen, zu wenig.

Die laufenden Ausgaben im Sozialressort müssten gesenkt werden, um Beschäftigungs- und Wohnplätze für tausende Menschen mit Beeinträchtigung schaffen zu können. „Zehn Millionen Euro an Einsparungen sind möglich. Dazu müsste aber die SPÖ endlich ihre soziale Traumwelt mit der unverantwortlichen Schuldenpolitik verlassen“, mahnte Haimbuchner ein Umdenken ein.

OBERÖSTERREICH 

Haimbuchner fordert Ende der „Schuldenpolitik der SPÖ“.



Mario Kunasek

FPÖ-Landesparteiobmann Steiermark

Die Polizei schlägt immer wieder Alarm: Der Islamismus breitet sich rasant in der Steiermark aus. Salafisten, Dschihadisten und die Muslimbruderschaft haben sich bei uns eingenistet.

Dieses Problem schwelt schon seit langer Zeit vor sich hin: Der Verfassungsschutz stuft die Hälfte aller Grazer Moscheen als fundamentalistisch ein. Die meisten der mehr als 200 aus Österreich stammenden Kämpfer der Terrormiliz IS wurden im Umfeld von Moscheen radikalisiert.

„Heimische“ Islamisten

Bosnische Muslime schwenken am Grazer Hauptplatz die Fahne der Terrormiliz „IS“. Radikal-islamische Salafisten verteilen Propagandamaterial in Krankenhäusern und drängen Patienten, zum Islam zu konvertieren. Die Finanzierung der Grazer Großmoschee erfolgte durch einen Geldgeber aus den Vereinigten Arabischen Emiraten – einem Land, in dem die Scharia gilt, Homosexuellen die Todesstrafe droht und Gewalt gegen Frauen geduldet wird.

SPÖ und ÖVP haben trotz all dieser Alarmsignale zugelassen, dass sich eine extremistische islamische Parallelgesellschaft entwickelte. Rot und Schwarz sind hauptverantwortlich für die unkontrollierte Massenzuwanderung und die systematische Unterwanderung unseres Wertesystems durch radikale Strömungen.

Die Großrazzia gegen Dschihadisten in Graz im Jahr 2014, die Warnungen des steirischen Sicherheitsdirektors vor diesen islamistischen Strömungen, radikale Islam-Lehrer an steirischen Schulen und zahlreiche „Neo-Steirer“ im Heiligen Krieg verlangen ein entschlosseneres Vorgehen der Politik gegen diese Gefahr!

GEZWITSCHER



Ali Utlu

@AliCologne



Es ist nicht schlimm an etwas zu scheitern, es zu vertuschen schon. #Merkel

28.07.16 08:50

Selbs Migranten lehnen die von Angela Merkel ausgegebene Willkommenskultur des „Wir schaffen das!“ ab, weil sie die Folgen sehen und zu spüren bekommen.

Meindl

@Johann_1767



Recht des Bürgers auf Sicherheit, Freiheit, Schutz des Lebens darf weder durch d. Recht auf #Asyl noch d. #Religionsfreiheit bedroht werden.

25.07.16 01:03

Die verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger sollten eigentlich über den Verpflichtungen aus internationalen Abkommen stehen.

WHATSAPP



Unser Norbert Hofer hat auch mitgemacht beim Sommerfoto-Wettbewerb. 😊

GEFÄLLT MIR



HC Strache

01.08.2016

Aufgrund unverantwortlicher Politiker!



5.667 Personen gefällt das.

Der Musiker Andreas Gabalier hielt sich bei seinem Konzert in München vor 70.000 Besuchern nicht mit Kritik an Angela Merkels „Willkommenspolitik“ zurück.

„Inserator 2“ – Kanzler Kern macht weiter wie sein Vorgänger

Nicht gekennzeichnete Werbung in „Heute“ mit Kern und Freunden

Ex-Kanzler Faymann landete wegen seiner Inseratentätigkeit vor einem U-Ausschuss und beinahe vor Gericht. Sein Nachfolger hat daraus nichts gelernt.

FPÖ-Mediensprecher Herbert Kickl machte auf eine dreiseitige Einschaltung zu Christian Kerns Lieblingsthema „Start-ups“ im Gratisblatt „Heute“ aufmerksam. „Die Strecke ist trotz Abbildung zahlreicher Sponsoren und deren Firmenlogos nicht als Werbung gekennzeichnet“, kritisiert Kickl. Durch die Art der Aufmachung als redaktioneller Bericht werde offensichtlich versucht, das Medientransparenzgesetz zu umgehen, das ein Ablichten von Politikern in Verbindung mit dafür zahlenden konkreten Rechtsträgern verbiete.

24 | **We Start UP**

Menschen von heute, die Österreich neu machen

Neues Start-up-Paket: Maßnahmen über 185 Mio. Euro **Turbo für Österreichs Gründer**

Immer mehr Menschen machen sich in Österreich selbstständig. Dennoch bedarf es im internationalen Vergleich einiger neuer Akzente, um als Gründerland wettbewerbsfähig zu bleiben.

Derzeit werden 114 Unternehmen täglich in Österreich gegründet. 7,5 Arbeitsplätze schafft jedes Start-up durchschnittlich nach 2,2 Jahren.

Die Kehrseite der Medaille: Österreich gilt nach wie vor nicht als besonders attraktives Gründerland – überleguliche Rahmenbedingungen

onsbereitschaft bremsen das Business. Vor wenigen Wochen wurde im Ministerrat ein umfangreiches Start-up-Paket mit Maßnahmen im Rahmen von 185 Millionen Euro beschlossen. Unter anderem enthalten sind die Senkung der Lohnneben-



Foto: Fotostudio „Heute“ 28.7.2016, S. 24

„Heute“ setzt den Kanzler in Szene, die „Freunde“ bezahlen.

Firma von Kerns Frau an Bord

Die abgebildeten Logos gehören der ÖBB, dem Wirtschaftsministerium, dem AMS und der Wiener Städtischen. Auch die Firma „The Blue Minds Company“ ist dabei. Miteigentümerin ist niemand geringer als die Ehefrau des Bundeskanzlers, Eveline Steinberger-Kern. Auf der Folgeside finden

sich Interviews mit Kern und Vize-Mitterlehner - samt Fotos.

Laut Kickl zeige sich, dass Kern die „Inseratenpolitik“ seines Vorgängers nahtlos fortsetze. „Von einem ‚New Deal‘ kann keine Rede sein. Der alte Kuhhandel mit manchen Medien lautet vielmehr: Ich verschaffe euch Einnahmen, und ihr berichtet freundlich über mich.“

FPÖ IN DEN MEDIEN

Anerkennung für das freiheitliche Medienangebot im „Kurier“. Anlässlich der erfolgreichen Einführung des WhatsApp-App-Service sagt der Kampagnenexperte Josef Barth: „WhatsApp



ist ein Kanal, der die Menschen direkt erreicht, man hat volle Aufmerksamkeit.“ Mittels Grafik zeigt der „Kurier“, dass die FPÖ sowohl auf Facebook als auch auf Instagram und YouTube die Nase weit vorne hat. In Wien sorgen sich die Freiheitlichen um die Sicherheit der Ret-



Arbeitsmitarbeiter. AUF-Personalvertreter Thomas Berl spricht gegenüber „Heute“ von mindestens zehn täglichen Angriffen pro Tag. FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus kündigt einen Antrag im Gemeinderat an, Notärzte und Sanitäter mit Stichschutzwesten auszustatten.

Advertisement for the FPÖ WhatsApp service. It features the FPÖ logo and the text: 'Das WhatsApp-Service der FPÖ: bequem, kostenlos und jederzeit kündbar'. Below this, it says 'ANMELDUNG UNTER WWW.FPOE.AT/WHATSAPP'. On the right, there is a smartphone displaying a WhatsApp chat with the FPÖ, showing a message from 'BÜRGERKANZLER' (HC Strache) with a thumbs-up emoji and the text 'Unser Bürgerkanzler HC Strache ;)'. The phone screen also shows the time 14:53 and battery level 72%.

Festivals „gastieren“ in heimischen Wohnzimmern

Zwei Höhepunkte der Festspiele in Bregenz und im Tiroler Erl liefert der ORF frei Haus

Im laufenden Festspielsommer muß man nicht unbedingt Eintrittskarten für diverse Veranstaltungen im Inland haben, zumal man via Fernsehen mehr oder weniger einen Querschnitt durch das Schaffen österreichischer Festivals ins Haus geliefert bekommt.



Giulio Boschetti glänzte als „Wilhelm Tell“ im Tiroler Erl.

Der Reigen wurde mit der Übertragung der Oper „Amleto“ von den Bregenzer Festspielen eröffnet. Mit „Amleto“ ist natürlich „Hamlet“ gemeint und zwar der, den Franco Faccio komponierte, ein Zeitgenosse Verdis, der immerhin die Uraufführung von dessen vorletzter Oper „Otello“ dirigierte.

Bregenz ist erst der vierte Aufführungsort dieses Werks, und dem Erfolg nach zu urteilen wird es nicht der letzte gewesen sein. Zur Festspieleröffnung brachte Regisseur Olivier Tambosi eine überzeugende Inszenierung heraus, in der vor allen der grandiose tschechische Tenor Pavel Cernoch in der Titelrolle brillierte. In groß angelegten Bühnenbildern von Frank Philipp Schlöbmann und in passenden Kostümen von Gesine Völlm lief das Drama in Sinne Shakespeares glaubwürdig ab. Der Prager Philharmonische Chor, die Wiener Symphoniker und alle anderen Beteiligten glänzten unter dem engagierten Dirigenten Paolo Carignani. Jubel und Ovationen waren der Dank.



Hamlet (Pavel Cernoch), Gertrude (Dsahmilja Kaiser) und sein Vater der Geist (Gianluca Buratto) in der umjubelten Aufführung.

„Wilhelm Tell“ in Tirol

Etwas weiter westlich – bei den Tiroler Festspielen in Erl – konnte man Rossinis letzte Oper „Wilhelm Tell“, die der Komponist mit 37 Jahren verfasste, um sich danach nur den Genüssen des Lebens zu widmen, genießen.

Intendant, Dirigent und Regisseur Gustav Kuhn hat sich damit selbst ein Geschenk bereitet, zumal ihm – neben Richard Wagner

– auch die italienische Oper am Herzen liegt. Die mit Emil Breisach zusammen erstellte TV-Fassung setzte einen Meilenstein in der Musiktheater-Übertragung. Herausragend Giulio Boschetti in der Titelrolle, Anna Princeva als Mathilde und Ferdinand von Bothmer als Arnold, einer gefürchteten Tenorpartie. Das Publikum war hingerissen.

Wise



**FREIHEITLICHE
JUGEND
OBERÖSTERREICH**

UNSER ANGEBOT:

Du willst als Mädchen kein Opfer und kein Freiwild sein? Du willst als junger Mann beschützen und nicht zusehen müssen? Werde aktiv: Jetzt die Gratis-Selbstverteidigungskurse des RFJ besuchen!

Jetzt dran bleiben: Finde die aktuellen Termine auf unserer Facebookseite: [fb.com/rfj.ooe](https://www.facebook.com/rfj.ooe)



Mag. Michael Raml
RFJ Landesobmann

Manfred Haimbuchner auf Regionaltour im Land

Im Rahmen seiner traditionellen Regionaltour besuchte FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Manfred Haimbuchner, begleitet von FPÖ-Bezirksparteiobmann Rudolf Kroiß, Mitte Juli das Mondseeland. Neben Betriebsbesuchen, Gesprächsrunden mit Bürgern und Treffen mit Parteifunktionären standen auch der Besuch eines Milchwirtschaftsbetriebes so-

wie ein politischer Grillabend der FPÖ-Mondsee im Bauernmuseum am Programm. „Nach so einem Tag mit intensiven Bürgerkontakten nimmt man nicht nur Eindrücke mit, sondern kommt auch mit viel Arbeit zurück ins Büro“, betonte Haimbuchner. Vor allem die Probleme der Bauern in der Tourismusregion Mondsee werde man im Landtag ernsthaft besprechen.



Bei der Familie Spielberger vulgo „Kummersberger“ hatten Haimbuchner (M.) und Kroiß (r.) ein offenes Ohr für die Probleme der Bauern.



Gastgeber Heimo Kain (7.v.l.) im Kreis seiner „ausgewählten Gäste“, angeführt vom 2. Landtagspräsidenten Adalbert Cramer (7.v.r.).

Goiserer Freiheitliche feiern auf der Alm

Jedes Jahr zu Vollmond im Juli lädt der Obmann der FPÖ Bad Goisern, Heimo Kain, Parteimitglieder und Freunde zu einem „Kistenbrat!“ auf seine Alm ein.

Und jedes Jahr nimmt jeder diese Einladung gerne an. Der Termin wurde bereits zu einem fixen Bestandteil im Sommer, und man darf sich geehrt fühlen, wenn man eine Einladung erhält! Kein Wunder bei

der Bilderbuchlage der Almhütte mit Blick auf den Dachstein sowie hinunter auf den Hallstättersee.

Im Namen aller Gäste bedankte sich der 2. Landtagspräsident Adalbert Cramer bei der Familie Kain für die perfekte Organisation. Und so manche Gäste blätterten bereits im Kalender, um sich zu informieren, wann denn im Juli 2017 wieder Vollmond ist...

+++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++

SCHULE HEUTE - zwischen Privileg und Volksverdummung

Das FPÖ-Bildungsinstitut widmete sich dem Thema der Bildungsmisere im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit den Bildungsexperten, dem FPÖ-Bildungssprecher, Abg. z. NR Dr. Rosenkranz, dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, OStD Kraus, dem Präsidenten des Stadtschulrats für Wien a.D., Dr. Scholz, und dem neuen FPÖ-Bildungssprecher im Wiener Landtag und Gemeinderat, Labg. Krauss.

Über das Für und Wider der Einführung der Gesamtschule bzw. Neuen Mittelschule, der Demontage der Hauptschule, der PISA-Tests und Schulversuche sowie über die bildungspolitischen Realitäten im Schulbereich wurde ausführlich debattiert.

Zentrales Thema war, ob wir in Österreich nicht Gefahr laufen, dass eine gute Bildung in Zukunft aufgrund mangelnder Reformen, aber auch gerade wegen mancher Reform, wie z.B. der Einführung der Gesamtschule, vermögensabhängig wird. Wenn im öffentlichen Schulsystem diese, v.a. aufgrund einer Nivellierung der Bildungsstandards nach unten, nicht mehr gewährleistet werden kann, werden Privatschulen zur kostspieligen Alternative.

GRATIS zu beziehen über das FPÖ-Bildungsinstitut:

Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder per Mail: bildungsinstitut@fpoe.at

Mit Ihrer Bestellung erklären Sie sich einverstanden, künftig über Aktivitäten und Neuerscheinungen der FPÖ und des FPÖ-Bildungsinstitutes informiert zu werden.



FPÖ
BILDUNGSINSTITUT